

Bezugspreis:

Für den Monat Februar 2000 M. voraus zahlbar. Unter Abzug für Deutschland, Dänien, Ost- und Westpreußen sowie Ostpreußen und Litauen 4600 M. für das übrige Ausland 4600 M. ...

Telegraphische Adressen: „Vorwärts“ Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kopierleistung kostet 600 M. ...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft ...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 10. Februar 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Frankreich braucht Putsche.

Paris, 9. Februar. (GZ.) Die Düsseldorf-Berichterfasser der „Liberte“ und anderer Nationalisten behaupten, die deutschen Geheimorganisationen, insbesondere die Brigade Ehrhardt, beabsichtigten einen Handstreich.

In Beantwortung einer Anfrage des Pariser „New York Herald“ erklärt der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch wieder, daß im Augenblick ein Vermittlungsversuch nicht zweckmäßig wäre, um dann fortzuführen: die Tschechoslowakei sei der Ansicht, daß es unter den gegenwärtigen Umständen ihre Aufgabe sei, an der Aufrechterhaltung des Friedens und der Ordnung in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft mitzuarbeiten.

Die Rheinschiffer im Kampf.

Mainz, 9. Februar. (GZ. Drahtbericht.) Alle Versuche, die zahlreichen zwischen Bingen und Mainz liegenden Rheindampfer durch Militär in Fahrt zu setzen, sind bisher erfolglos geblieben. In Mainz hat die Besatzungsbehörde einige Schiffszüge zusammengestellt, aber in Fahrt konnten sie noch nicht gesetzt werden, da die Maschinen fehlen.

Verschärfung in Offenburg.

Offenburg, 9. Februar. (WZ.) Die Lage hat eine Verschärfung erfahren. Die Besatzung lehnt nach wie vor nicht nur die Zurückziehung der französischen Posten von den öffentlichen Gebäuden ab, sondern hat auch den Nachtverkehr von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens neuerlich verboten.

Protest des badischen Landtags.

Karlsruhe, 9. Februar. (WZ.) In Gegenwart sämtlicher Minister nahm heute der Haushaltsausschuß des Badischen Landtags Stellung zu der Besetzung badischen Gebietes durch die Franzosen. Der Vorsitzende, Abg. Marum (Soz.), führte u. a. aus: Da der Badische Landtag zurzeit nicht versammelt sei, sei es Pflicht des Haushaltsausschusses, ebenso feierlich, wie dies von der badischen und der Reichsregierung geschehen sei, Protest zu erheben gegen die widerrechtliche Besetzung badischen Gebietes durch Frankreich.

Erwacht das französische Rechtsbewußtsein?

Paris, 9. Februar. (WZ.) Als einziges Blatt beschäftigt sich heute „Le Nouvelliste“ (rad. Soz.) mit der Frage, ob die französische Regierung berechtigt gewesen sei, die Besetzung des badischen Gebiets vorzunehmen. In dem Artikel wird bedauert, daß Poincaré diese „gute Nachricht“ nicht am Sonntag abend auf dem Bankett der republikanischen Presse anzukündigen gewagt habe.

Klausel des Friedensvertrages gestatte dies? Zwei Artikel des Friedensvertrages beschäftigen sich mit den Besetzungen Deutschlands, Artikel 428 und Artikel 376. Letzterer bestimmt, daß bei Streitigkeiten über die Auslegung dieses Paragraphen der Schiedspruch des Völkerbundes anzurufen sei.

Gefängnis für Demonstranten.

Wegen der Düsseldorf-er Kundgebungen sind eine Anzahl damals Verhafteter, weil sie aufrührerische Rufe ausgestoßen, die Besatzungsstruppen durch Worte und Lieder beschimpft haben oder auch gegen Beamte des französischen Sicherheitsdienstes tätlich geworden sein sollen, zu je 30, 15 und 8 Tagen Gefängnis verurteilt worden.

Der Zugführer in Wanne nicht gestorben.

Dortmund, 9. Februar. (WZ.) Der Personenzugverkehr über Wanne-Gesentkirchen ist wieder in Betrieb. Die Nachricht, daß ein Zugführer an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben sei, bestätigte sich erfreulicherweise nicht. Der Zugführer, der von einem Franzosen einen Kolbenschlag erhielt, brach allerdings bewußtlos zusammen und wurde sofort weggeworfen; weil man den Niedergelagerten, der aus Witten stammt und der auch dorthin gebracht wurde, später nicht mehr sah, glaubte man an seinen Tod.

Ein Franzose schwer getroffen.

Nach einem Bochumer Ill.-Bericht wurden dort am Freitag-nachmittag zwei französische Soldaten, die durch provozierendes Auftreten die Straßenpassanten gereizt haben sollen, entwisst, als es schien, daß sie ihre Waffen gebrauchen wollten.

Der Größzwang.

Kraf zeigt sich der rein militärisch-annexionistische Charakter der Ruhrbesetzung in dem Befehl, daß die Polizeibeamten die Entente-offiziere grüßen sollen. Mit Kohle- und Koksgeheimnis hat dieser Befehl natürlich nichts zu tun, desto klarer ist seine Herkunft aus seditioser Quälgeist, der die uniformierten Beamten des beraubten, wehrlosen Ruhrlandes zwingen will, entgegen der Anordnung ihres obersten Vorgesetzten, des preussischen Innenministers, den Trägern der Fremdherrschaft noch die Ehrenbezeugung zu leisten.

Der Größzwang.

Kraf zeigt sich der rein militärisch-annexionistische Charakter der Ruhrbesetzung in dem Befehl, daß die Polizeibeamten die Entente-offiziere grüßen sollen. Mit Kohle- und Koksgeheimnis hat dieser Befehl natürlich nichts zu tun, desto klarer ist seine Herkunft aus seditioser Quälgeist, der die uniformierten Beamten des beraubten, wehrlosen Ruhrlandes zwingen will, entgegen der Anordnung ihres obersten Vorgesetzten, des preussischen Innenministers, den Trägern der Fremdherrschaft noch die Ehrenbezeugung zu leisten.

In Dortmund sind Polizeioberkommissar Schub, Polizeiasistent Huf und die Polizeibetriebsassistenten Benninghoff und Krehschmann Freitag vormittag wegen Nichtgrüßens verhaftet worden. Darauf hat die gesamte Polizeimannschaft eine Entschuldigungsangabe angenommen, in der schärfster Protest eingelegt und betont wird, daß durch das Vorgehen der Franzosen das Pflichtgefühl der Polizei nicht etwa gelockert, sondern noch eher gefestigt werde. Die Beamtenschaft verlangt die sofortige Freilassung der Verhafteten.

Die geblendete Friedenstaube.

„Niemand waren die Umstände günstiger für eine befriedigende, vernünftige, endgültige Regelung der Reparationsfrage. In den Ententeländern besaßen jetzt gewisse Vorbedingungen, die vor einem Jahre noch nicht bestanden. Und die Ententeländer sind zu einem Anerbieten bereit, ja sie bieten Deutschland tatsächlich einen Vergleich an, den es auch vor einem Jahre noch nicht hätte erhoffen können.“

Diese Worte legt Camille Demercier an die Spitze eines Artikels, der durch die „Deutsch-französische Wirtschaftskorrespondenz“ in dem Willen, der Verständigung während des schärfsten Konfliktes zwischen Deutschland und Frankreich zu dienen, veröffentlicht wird. Camille Demercier ist sogenannter Radikalsozialist, außerparlamentarischer Hauptschriftleiter an der französischen Zeitung „Le Devoir“, die oftmals an den Maßnahmen der französischen Regierung scharfe Kritik geübt hat.

Befriedigende und bestechende Gründe! Wenn dem so wäre, daß ein französischer Plan vorliegt, der nur das Großkapital belastet, und der dem deutschen Steuerzahler nichts abnimmt, so wäre jeder Deutsche, der nicht auf Grund dieses Planes Verhandlungen anstrebt, ein Verbrecher am Vaterland. Eine Anleihe unter Heranziehung des Sachbesitzes aufzunehmen, war die deutsche Regierung unter Leitung Births bereit. Die Großindustriellen versprachen mehr. Daraufhin drängten die Herren Poincaré und Barthou zum Sturze der Regierung Wirth — konnten aber dessen Politik nicht stürzen. Denn das Kabinett Cuno stellte sich außenpolitisch durchaus auf den Boden der Vorschläge seines Vorgängers.

Nichts ist verderblicher für eine wirkliche Verständigungspolitik, als wenn die Verständigungspolitik selbst an der Wucht der Tatsachen vorbeigeht und sich von der diplomatischen Dialektik des Quai d'Orsay blenden lassen. Folgendermaßen war der von uns bereits früher veröffentlichte Vorschlag Frankreichs, der übrigens unseres Wissens nicht die einstimmige Billigung der Reparationskommission gefunden hat:

- 1. Es wird Deutschland ein Moratorium für zwei Jahre — 1923 und 1924 — bewilligt.
2. Als Gegenleistung für die Bewilligung dieses Moratoriums soll sich das Reich verpflichten, seine Finanzen zu reorganisieren und seine Mark zu stabilisieren.
3. Das Reich soll sich außerplanmäßige Einnahmen beschaffen: einmal durch die Errichtung fiskalischer Monopole — Alkohol, Tabak —, durch die Konzessionierung gewisser öffentlicher Dienste — Eisenbahnen — und durch die Verpachtung der staatlichen Bergwerke, Forsten und Salinen, andererseits durch die (entgeltliche) Einziehung von einem Viertel des wirtschlichen gegenwärtigen Wertes der Industrie- und Handelsunternehmungen und der in Deutschland gelegenen Grundstücke.
4. Im Verlauf der beiden Moratoriumsjahre soll die deutsche Industrie dem Reich eine Anleihe von drei Milliarden Goldmark gewähren, und Deutschland soll, sobald es dies kann, innere und äußere Goldanleihen ausgeben.
5. Die Einnahmen aus der Vermögensabgabe und aus der Beschlagnahme der Zölle, aus den Ausfuhrabgaben und aus der im Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 festgelegten Sonderausfuhrabgabe von 25 Proz. gehen an das Garantiekomitee, das sie der deutschen Regierung zurückerstatten wird.
6. Von dem Ertrag der Industrieanleihe fließen 500 Millionen Goldmark in einen Fonds zur Stabilisierung der Mark, und 2500 Millionen gehen an die Reparationskommission, um unter die Ententemächte verteilt zu werden.

Comille Vermercier fügt selbst hinzu:

So soll, wenn man von Einzelheiten absieht, Deutschland der Entente, alles in allem, in jedem der Jahre 1923 und 1924 in Gold oder in Devisen den Betrag von 500 Millionen Goldmark und in Sachleistungen den Gegenwert von 750 Millionen Goldmark leisten. Deutschland würde außerdem gehalten sein, die Restitutions durchzuführen und die Kosten für die internationalen Kommissionen, die Besatzungsarmee (einschließlich der Ruhrbesetzung, D. Red.) und das Ausgleichsverfahren zu zahlen.

Mit dem ersten Satz des amtlichen Entwurfs beginnt die Unwahrscheinlichkeit des Vorschlages. Man spricht von einem Moratorium und verlangt Zahlungen, indem man der deutschen Volkswirtschaft 1250 Millionen Mark in Gold abzapft. Von einer endgültigen Regelung des Reparationsproblems, wie sie auch von internationalen Sachverständigen als unerlässliche Voraussetzung einer dauernden Stabilisierung der Mark angegeben wurde, ist mit keinem Wort die Rede. Der Ertrag der Anleihe, die während des famosen „Moratoriums“ ausgenommen werden soll, wird nur zu einem Sechstel gnädigst Deutschland überlassen. Die Finanzkontrolle, der das deutsche Volk sich unterwerfen soll, ähnelt der österreichischen Stabilisierungsaktion.

Aber nicht das ist das Wesentliche. Diese Dinge sind schon viel früher kritisiert worden. Wunderrn muß man sich jedoch, was ein internationaler Pazifist von der deutschen Arbeiterschaft erwartet, welche Zumutungen er an deren Erfüllungsbereitschaft stellt. Nebenbei: daß ein Braunkohlmonopol in Deutschland überhaupt existiert, scheint man in Frankreich, trotz aller Schnüffelereien der Agenten im deutschen Gebiet, noch gar nicht zu wissen. Daß die Tabaksteuer bereits jetzt den Tabakverbrauch stärker belastet, als es je ein Tabakmonopol tun könnte, scheint darüber ebenfalls nicht bekannt zu sein. Das Unerhörteste aber ist, daß man von der Arbeiterschaft verlangt, sie solle in den wichtigsten und grundlegendsten ihrer eigenen Forderungen sich ins Gesicht schlagen.

Seit Jahr und Tag geht der Kampf um die Entstaatlichung der Eisenbahn. Wie oft hat man gesagt, daß eine Verstaatlichung — etwa des Kohlenbergbaues — den Zugriff der Entente auf das deutsche Volksvermögen erleichtere. Hier — o Wunder! — verlangt Frankreich die Entstaatlichung der Reichsbahnen, die Verstaatlichung der staatlichen Bergwerke, Forsten und Salinen.

Eine solche Politik ist die Politik der Schwereindustrie. Auf ihren Geschmack ist das Programm zugeschnitten. Eine Regierung, die diese Politik verfolgt, würde von der Arbeiterschaft bekämpft werden müssen. Die Arbeiterschaft aber ist es, der man derartige Bedingungen unterbreitet, obwohl man wissen sollte, daß man damit ihren Willen zu einer Verständigung vollkommen untergräbt. Ein seltsames Rezept!

Daß Poincaré, der Widerspruchsvolle, nach ihm verfährt, wundert uns nicht. Er muß sehen, wie er zu Zahlungen kommt und denen seinen Arm anbieten, von denen er Hilfe erwartet. Wenn er aber die Mehrheit des deutschen Volkes, die zur Erfüllung bis an die Grenzen des Möglichen bereit war, von sich stößt in dem Glauben, auf diese Weise von Deutschland mehr Geld zu erhalten, so ist das politische Dilettantismus, wie er sich schon sehen lassen kann. Es ist derselbe Geist, der die Befehle des Ruhrgebietes herbeigeführt hat, und der mit Gewalt erreichen will, was mit der rednerischen Geistes nicht gelungen ist: die Front der Gegner zu teilen, um selbst zu herrschen.

Auf den plumpen Bauernsinn des Ministerpräsidenten und Adolaten fallen nun sogar solche Menschen herein, die sich um die gute Sache der Verständigung bemühen. Vermercier kennt sehr gut die Widerstände, die ein solches Programm in Deutschland finden muß. Er deutet sie auch an, mit einer Handbewegung über sie hinwegzugehen. Heuchlerisch verkleidete Formen der brutalen Gewalt, gegen die sich die Arbeiterschaft auflehnen muß, woher sie auch komme, lassen solche Politiker der Verständigung alle Tassen übersehen, die der innerdeutschen Politik zugrunde liegen. Gerade

weil diese Leute gutgläubig sind, verdienen sie ehrliebe und offene Antwort. Aber dann werden sie es sich abgewöhnen müssen, daran zu glauben, daß die deutsche Arbeiterschaft sich vor der Drohung der Gewalt zu Diensten für den Kapitalismus bereithalten wird. Und ehe man das nicht einseht, ehe es gerade die Verständigungspolitik nicht versteht, ist die Möglichkeit fruchtbarer Verhandlungen noch in weiter Ferne. Denn wie soll man Verständnis von denen erwarten, die den guten Willen der Mehrheit des Volkes seit mehr als drei Jahren trotz Entwaffnung und trotz verzweifelter Notwehr ignoriert und mit einer waffenstrahlenden friedlichen Aktion gegen das Ruhrgebiet beantwortet haben, wenn selbst diejenigen, die die beste Absicht zur Verständigung zeigen und für sie wirken, die Zeichen deutschen Geistes und deutscher Not nicht zu deuten vermögen?

Der neue Dolchstoß.

Die Sorge um die Haltung der Sozialdemokratie läßt den armen Deutschen keine Ruhe. Die „Kreuzzeitung“ bemüht sich tagtäglich, die neue Dolchstoßlegende mit allen Mitteln vorzubereiten. Sie zitiert die Äußerungen des Genossen Müller-Franken in der Sitzung des Reichshausparlamentes, der darauf hingewiesen hatte, daß alles geschehen muß, um den Massen des Volkes den Kampf gegen den französischen Imperialismus zu ermöglichen. Sie bezeichnet es als eine „verheerende Irreführung“, daß die Sozialdemokratie von dem Besitz wirklicher Feuerliche Opfer verlangt und bezeichnet solche Forderungen als „Klasseninteresse gegenüber dem nationalen“, wodurch die geschlossene Front des Widerstandes zerbrochen würde. Dabei weiß die „Kreuzzeitung“ genau so gut wie jeder Mensch in Deutschland, daß das Steuerrecht in einer solchen Weise ausreizend wirkt, daß niemand von den Massen Opfer verlangen kann, der nicht gleichzeitig dafür sorgt, daß die Opfer, die die Massen stillschweigend seit langem unter dem Druck der Geldentwertung bringen, in gleichem Maße auch vom Beiß getragen werden. Die „Kreuzzeitung“ braucht nicht zu befürchten, daß das feindliche Ausland durch die Sozialdemokratie „unsere Zustände in verzerrter Gestalt“ beleuchtet bekommt. Das Ausland weiß leider über unsere schandhafte Finanzpolitik zur Genüge Bescheid. Im Gegenteil, eine der ersten Voraussetzungen zur Stärkung der deutschen Position gegenüber dem Ausland wird eine energische und gründliche, wirklich radikale Reform unserer Finanz- und Steuerpolitik sein müssen. Wenn man schon vom Dolchstoß reden will, dann sollte man den Dolchstoß in der Hand der Schieber und Wucherer, in der Hand der Geldentwertungsgewinnler und der planmäßigen Steuerlaboteyre sehen. Die dürften sich zweifellos mehr in der Nachbarschaft der „Kreuzzeitung“ als der der Sozialdemokratie befinden.

Die neue Parole.

Die Staatsmänner und „Realpolitiker“ haben jetzt in der „Noten-Fahne“ anscheinend die Oberhand. Man hat zwar auf dem Parteitag den Vertreter der äußersten Rechten aus der Zentrale hinausbefördert, aber das hindert die nachrückenden Führer der SPD, absolut nicht, sich in jeder neuen Nummer ihres Zentralorgans in Opportunismus säkular zu überbieten. Will man einmal „heran an die Massen“, dann muß man eben schon mit den Parolen so weit vom hohen Kathern heruntersteigen. Jetzt hat die „Fahne“ wahrscheinlich auf höhere Inspiration hin nun glücklich die neueste der Situation angepasste Parole entdeckt. Sie schreibt:

„Die Arbeiterschaft verlangt, daß die Mittel zur Abwehr... von den Kapitalisten aufgebracht werden. Dies kann geschehen durch eine energisch durchgeführte Zwangsanleihe, die geklärt und gegündet wird durch sofortige Sachwertverfassung.“ Das kann natürlich nur von einer Arbeiterregierung geschehen. Wahrscheinlich von der Arbeiterregierung, die die Kommunisten

eben in Sachsen gestürzt haben. Um das „an die Massen heranzubringen“ erfolgt dann die Anweisung:

„In allen proletarischen Versammlungen und Körperschaften muß die Forderung der Zwangsanleihe, gestützt auf Sachwertverfassung... aufgestellt und die Spitzenorganisation zum Handeln aufgefordert werden.“

Unmüßiger, jetzt wird's also losgehen. In allen proletarischen Versammlungen! Wieweil! Resolutionen werden da in den Bezirkssekretariaten der SPD, durchgelesen werden müssen, um diese „Aktion systematisch durchzuführen“. Eine unbedeutende Frage an die SPD: Soll die Sachwertverfassung „von oben“ oder „von unten“ durchgeführt werden? Bedeutet die Formulierung: Zwangsanleihe, gestützt auf Sachwertverfassung, eine Abschwächung oder Verstärkung der alten, doch schon reichlich opportunistischen Parole der Sachwertverfassung? Wer soll die Zwangsanleihe durchführen? Der Staat etwa? Oder soll doch bei der Gelegenheit die Diktatur des Proletariats durchgeführt werden? Und im übrigen: Was ist eigentlich Zwangsanleihe, gestützt auf Sachwertverfassung? Um nähere Erläuterungen wird gebeten!

Wirtschaftliche Abwehr.

Wir sagen nicht zu viel mit der Feststellung, daß die Sozialdemokratie bei der Organisation der Abwehr des Einfalls ins Ruhrgebiet längst an erster Stelle steht. Ruht im Ruhrgebiet die Last des Kampfes zunächst auf den Schultern der Arbeiter und Beamten, so zeigt auch der Blick in die Werkstatt der Parlamente, daß unsere Genossen die stärkste Energie in der Abwehr aufwenden. So standen die Verhandlungen des Hauptausschusses des Preussischen Landtages vom Freitag, die sich mit dem Ruhereinstfall und seinen Folgen befaßten, vor allem im Banne sozialdemokratischer Antragsungen und Gedanken. Unter der Initiative des Genossen Diesterroth verlangten unsere Genossen vom Landtag, dafür zu sorgen, daß das Staatsministerium den Abwehrkampf gegen den französisch-belgischen Ruhereinstfall mit aller Kraft unterstützt und den ersten wirtschaftlichen Folgen dieses Einfalls begegnet. In Erwartung größerer Arbeitslosigkeit als Folge des einströmenden Kohlenmangels sind größere öffentliche Arbeiten verbörder Natur vorzubereiten und die zur Durchführung notwendigen Kredite bereitzustellen. Alle spekulativen Elemente, die sich ohne legalen wirtschaftlichen Zweck am Devisenhandel beteiligen, sind durch wirksame gesetzgeberische und exekutive Maßnahmen auszuschalten. Zur Wiederbelebung des Sparbetriebes und um die herodischen Zahlungsmittel den Jueden der Wirtschaft zuzuleiten, ist die Ausgabe werbeständiger Anleihen anzustreben. Die Wucherbekämpfung ist zu verschärfen. Die staatlichen Kreditinstitutionen sind entsprechend dem enorm gesteigerten Kreditbedarf aller Wirtschaftskreise zu modernisieren, zusammenzufassen und zu fundieren. Die infolge der Abreise wichtiger Rohstoffprovinzen und der Ruhrbesetzung enorm gesteigerte Rohstoffzufuhr, insbesondere die Kohleneinfuhr, ist in öffentlicher Hand zusammenzufassen und die Verteilung nach Höhe der größeren oder niedrigeren Lebenswichtigkeit der Betriebe für die Gesamtwirtschaft zu organisieren. Alle wärmerwirtschaftlichen Reformbestrebungen sind nachdrücklich zu unterstützen. Alle die Brennstoffwirtschaft wesentlich belastenden Vorschriften sind einzustellen zu verbieten. Geschäftsfälle, die als Schismenmerkmale angesehen werden können, müssen geschlossen werden. Kleingewerbebetriebe mit einem unterhalbmäßig großen Brennstoffverbrauch sind in ähnlicher Weise wie in der zweiten Kriegshälfte bis zum Eintritt einer günstigeren Lage auf dem Brennstoffmarkt zusammenzufassen.

In einem zweiten Antrag Diesterroth zum Hausbott der Handels- und Gewerbetreibenden fordern unsere Genossen die Herabsetzung der teilweise beträchtlich über dem Weltmarktpreis stehenden Holzpreise, insbesondere für Grubenholz, Bauholz und Holzarten für gewerbliche Zwecke. Gewerblichen, genossenschaftlichen und gemeinnützigen Unternehmungen, soweit sie Bedarf dafür bieten, daß sie Preisverhältnissen nicht in unmittelbarer bzw. spekulativer Weise mißbrauchen, sind Holz aus fiskalischen Forsten zu Vorzugspreisen zu liefern. Durch Vermittlung der Reichsregierung ist bei den übrigen deutschen Gliedstaaten mit Fortbeibehaltung ein gleiches Vorgehen zur Bekämpfung der Preissteigerung auf dem Holzmarkt anzustreben. Der ebenso ungerechtfertigten wie lähmenden Entwicklung der Eisen- und Stahlpreise muß mit allen tauglichen Mitteln entgegengetreten, und die staatliche Kontrolle über die Spinnstoffe, Kartelle und Monopole muß auf gesetzgeberischem Wege wirksam verstärkt werden. Am Besten mit der Reichsregierung muß das Staatsministerium dafür Sorge tragen, daß bei den Festlegungen der Kohlen- und Holzpreise die zu erwartenden Materialpreissteigerungen nicht im Voraus abgefohlen werden.

ding hervorrufen. Dr. Herner hat im übrigen von der gegenwärtig wieder in einzelnen Ecken von Europa und den Vereinigten Staaten herrschenden Influenza-Epidemie gesagt, daß es sich hier um eine schwächere, sekundäre Form der Krankheit handle, die ungleich harmloser als die letzte große Pandemie von 1918 auftritt und im allgemeinen keine gefährlichen Komplikationen im Gefolge hat.

Wilde Bühne. Die unter der Leitung Trude Hesterbergs stehende „Wilde Bühne“ war einmal bestrahlt, ihrem Programm eine gewisse soziale und politische Note zu geben. Wie alle Berliner Kabarets, die diesen Versuch unternahmen, ist auch die „Wilde Bühne“ von ihrem ursprünglichen Programm langsam abgeglitten. Das politische Lied ist eben für die Kabarettbesucher ein garliches Lied; sie wollen nicht verstehen, sondern unterhalten werden. Und da ein Kabarett ohne Besucher nicht existieren kann, pocht es sich dem Geschmack derer an, die seine Bühne und die Kaffe trinken können. Es wird hartnäckig, will nichts weiter als unterhalten. Die „Wilde Bühne“ beweist, wie ihr Februarprogramm zeigt, auch in der Unterhaltung noch guten Geschmack, und daß sie den Verdrüben dieser bewegten Zeitalter kräftig widersteht und nicht, was es jetzt so verbreitet ist, in billiger patriotischer Stimmung wacht, soll ihr besonders gedankt sein. Käthe Kuhl und Paul Graeb brachten neben Trude Hesterberg und Frh Kamgerd Temperament und Schwung auf die geschmackvoll eingerichtete Bühne. Robenswert ist, daß Arno Holz mit seinen „Daphnis-Liedern“ sich langsam einer Platz in unseren Kabarets verschafft. Kesi Bangor brachte zwei dieser Lieber zum Vortrag und erzielte damit verdienten Beifall. c. f.

Emanuel Reicher, das bekannte Mitglied des ehemaligen Sozialen Ensembles, wird vor seiner Rückkehr nach Amerika ein Gastspiel im Renaissance-Theater absolvieren und es mit einigen Reden seines alten Repertoires eröffnen.

Die Berliner Lieberabend wird das im Dezember zur Aufführung gebrachte Programm von Olga Kanan unter Max Hildebrandts Leitung am 20. d. M. abends 8 Uhr in der Villa Harmonie wiederholen.

Den Kampfschein Alpenfilm läßt die Kulturabteilung der Ufa nochmals vorführen, und zwar am Sonntag, den 11. d. M., den 1. Teil und Sonntagabend, den 17. d. M., den 2. Teil um 5 Uhr, Uhr in der Urania. Ferner werden die Filme „Eine Reise durch Norwegen ins ewige Eis“ (am 24. 11.) und „Bilder aus Griechenland“ (am 25. 11.) nachmals vorgeführt.

Euphorion-Ausstellung Gallenstadt, 25. Neben der Ausstellung Arvid Degner wird auch die glanzvolle neue Graphik von Max Ledermann gezeigt.

Die neue Kunstausstellung Lenientenstr. 6, eröffnet am 19. eine Ausstellung von Handzeichnungen von Käthe Kollwitz, Liebermann, Dill, Siegel.

Franz Bräuner, ein geborener Kölner, ist, 80 Jahre alt, in München gestorben. Als Volksschullehrer in Rauen begann er seine literarischen Arbeiten, unter denen besonders das Verbot der deutschen Dichter und Prosaisten hervorzuheben ist.

Wilhelm Bölsche (Gastin, Frau Johanna Bölsche) ist in Schreberhau an den Folgen einer Ungeisteskrankung gestorben.

Auch ein Kriegsgedankter. Der letztwillige Landtag hat einem Kriegsgedankter zugestimmt, nach dem die noch vom Kriege her bestehende Landgraben beseitigt werden sollen. Ein Vorschlag in zahlreichen Ländern hat ganze Land. Barock sind dafür rund 2½ Millionen Mark angesetzt. An den Arbeiten sollen in jeder Linie die Arbeitslosen beteiligt werden.

Der astrologische Schwindel.

Es ist bereits unzählige Male darauf hingewiesen worden, daß Tyrosophie, Mystizismus, Okkultismus und ähnliche „Wissenschaften“ sich zurzeit ausbreiten wie nie zuvor. Man darf sich aber nicht auf die Hoffnung beschränken, daß diese Epidemien geistig aus dem Gleichgewicht gebrachter Schichten sich von selbst wieder verlaufen werden, sie müssen vielmehr energisch bekämpft werden, wenn sie nicht mehr Schaden anrichten sollen, als wieder gutgemacht werden kann.

Seit einiger Zeit fällt uns eine Methode auf, die die Begünstigten mächtiger Richtungen anwenden, um mit ihren Darlegungen auch in ernstliche Zeitungen und Zeitschriften zu gelangen. Diese Methode besteht darin, in Besprechungen einschlägiger Bücher und Probleme die erwähnten Richtungen zunächst gelinde zu kritisieren, um sich auf diese Weise ein wissenschaftliches Ansehen umzubringen, und erst gegen den Schluß hin den astrologischen Biederhau unter dem Namen der Herodotus zu lassen. Bei nicht ganz satteisen Beisern wird auf diese Weise schließlich der Eindruck erweckt, daß also doch wohl „etwas dran“ sein müsse, und man hofft so, immer größere Scharen denkunsicherer Leute in pseudowissenschaftliche Dunkelkammern hinüberzuführen.

Ein typisches Beispiel für diese Methode ist der Artikel „Der Geist der Astrologie“ von H. Bangor im „Berliner Tageblatt“ vom 31. Januar abends. Nach einer mehr als launigen Kritik der Astrologie lacht der Verfasser bei dem Leser mehr und mehr näherzubringen, und schließlich kommt der Herodotus in folgender Sage zum Vorschein: „Die Horoskope eines Goethe, eines Richard Wagner, Wilhelm II., König Eduards, Karl von Habsburgs sind von so erschütternder Eindeutigkeit und Klarheit, daß sie für den Glauben an die Astrologie werden.“

Es ist leider nicht das erste Beispiel dieser Art, denn das „Berliner Tageblatt“ hat unter anderem auch schon größere Kräfte über die Kunst der Handlindendutung im. gebracht, die jeden kritischen Leser zum Kopfschütteln bringen mußten.

Schon der alte Römer Cicero, den Romänen als den ersten Journalisten der Weltgeschichte bezeichnete, hatte den astrologischen Schwindel durchschaut. In einer seiner Schriften wies er auf die große Verschiedenheit der Schicksale der Menschen hin, die gleichzeitig (gegenwärtig) kommen auf jede Sekunde eine bis zwei Geburten, unter demselben Stern“ geboren werden. Er beweist ferner, daß die Astrologen dem Pompeius, Crassus und Cäsar hohes Alter und einen natürlichen Tod gemeldet hatten, was aber in allen drei Fällen gerade umgekehrt eintraf. Aber freilich, wer da glaubt, daß die Stellung der Gestirne im Augenblick der Geburt eines Menschen, begünstigt nach einem völlig willkürlich erfindenen Schema, dem sogenannten Horoskop, das Schicksal dieses Menschen bestimmt, dem ist nicht zu helfen, und er ist weise, daß ihm von betrieblamen Leuten soviel Weisheit als möglich abgenommen werde.

Wenn im alten Rom zwei Wohlhabende sich begegneten, so hinstanden sie einander verständnisvoll zu: „Dem Volke muß die Dämlichkeit erhalten werden! Wozu sollten wir denn Junger leben?“

Eine Schulbücherkonferenz im Kultusministerium. Die Osterverfassung rückt näher und läßt in vielen Elternhäusern Bedenken aufsteigen, wie man die erforderlichen neuen Schulbücher mit ihren so sehr gestiegenen Preisen wird erwandigen können. Um in dieser Schulbücherkonferenz Abhilfe zu suchen, hat kürzlich im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung eine Beratung mit den maßgebenden Kreisen des Buchvertriebes und Buchhandels stattgefunden. Der Vorsitzende, Ministerialdirektor Kaestner, stellte zur Erörterung, ob eine Beschränkung im Umfang der Schulbücher empfehlenswert sei, ob die Anschaffung der Bücher aus öffentlichem Beiß und ihre Ueberlassung an die Kinder gegen eine Leih- und Abnützungsgeld in Frage käme, ob die Förderung von Unterstufenschulbüchern, der Bezug der Bücher direkt durch die Schulen zu empfehlen sei, und ob endlich man sich an das Reichswirtschaftsministerium zwecks Bereitstellung billigen Papiers und vor allem für Gewährung herabgesetzter Frachten und Vorki für die Bücher wenden sollte. Das Ergebnis der Erörterungen, in denen alle beteiligten Kreise sich ausföhrlich äußern konnten, sah Kaestner folgendermaßen zusammen. Einstimmigkeit herrschte darin, daß das Schulbuch gekürzt, soweit wie möglich zerlegt und vereinfacht werden muß, daß ferner das Ministerium die Genehmigungsbedingungen für die Schulbücher erleichtert. Einstimmig wurde der genossenschaftliche Bezug der Bücher durch die Schulen als sehr vorzuziehend bezeichnet, und das Ministerium wird dafür den Schulen Anregungen geben. Eine Stärkung der Unterstufenschulbücher, auch aus staatlichen Mitteln, wurde allgemein gewünscht. Schließlich herrschte Einstimmigkeit darüber, daß die Frage der Ermäßigung der Vorki und Frachten dabei ganz wesentlich ins Gewicht fallen wird. Die Vertreter vom Verlag und Sortiment stellten ausdrücklich ihre weitgehende Unterstützung in Aussicht.

Ein neuer Grippe-Erreger entdeckt? Nach einer funktentelegraphischen Mitteilung von Dr. Simon Herner, dem Leiter des New Yorker Rockefeller-Instituts, ist es den Bakteriologen dieser bedeutenden Forschungsstätte gelungen, den Erreger der Grippe zu finden und in Reinkulturen zu kulturen. So aufsehenerregend diese Meldung auch ist, wird ihr gegenüber bis zum Eintreffen näherer Einzelheiten doch Mißtrauen am Höhe sein. Der Erreger der Influenza ist, wie man weiß, seit 30 Jahren bekannt und im Jahre 1892 von Pfeiffer entdeckt worden. Er ist ein winziges feines Stäbchen, und es fragt sich, ob der jetzt in New York entdeckte Bazillus nicht mit dem von Pfeiffer bereits oder diesem doch mindestens sehr ähnlich ist. Nach der amerikanischen Meldung ist die Entdeckung des neuen Grippe-Erregers, wenn man so sagen kann, besonders den Verzten Dr. Frederick Gates und Dr. Walter Dillky zu danken, die den Bazillus in Nährsubstanz gezüchtet haben. Er soll erst bei tausendfacher Vergrößerung sichtbar sein, würde danach nicht einmal zu den kleinsten bekannten Bakterien gehören. Der Bazillus wird nur in den ersten 24 Stunden nach dem Ausbruch der Krankheit gefunden; er hat seinen Sitz in den Schleimhäuten des Nasenraums und des Rachens. Durch die infolge der fatarischen Infektion verleinerte Widerstandskraft der Schleimhäute bildet sich für das Bakterium ein günstiger Nährboden, auf dem es sich mit rasender Schnelligkeit verbreitet, Bronchialkatarrh und Angenentzündungen

Leipart an die französischen Gewerkschaften.

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Genosse Th. Leipart, war von dem Vorstand beauftragt worden, an dem soeben stattgefundenen französischen Gewerkschaftskongress teilzunehmen. Er konnte der Einladung der französischen Gewerkschaften nicht Folge leisten, da ihm durch die französische Regierung das Visum verweigert wurde. In einem Schreiben an den französischen Gewerkschaftsbund vom 31. Januar, das jetzt im „Korrespondenzblatt“ veröffentlicht wird, schildert Genosse Leipart die Lage Deutschlands und die durch die Ruhrbesetzung heraufbeschworene kritische internationale Situation. Anknüpfend an die Kundgebungen der französischen Gewerkschaften gegen die Ruhrbesetzung schreibt er:

„Sie selbst haben diese Maßnahmen der französischen und belgischen Regierung bekämpft und dadurch zum Ausdruck gebracht, wie sehr Sie befürchten, daß auf diesem Wege neuer Haß statt Bitterveröhnung geschaffen wird. Sie wissen auch selbst, daß dadurch Deutschland gehindert wird, die übernommenen Reparationsverpflichtungen auszuführen. Bei den vielen Verhandlungen, die wir in den Jahren nach dem Kriege gemeinsam geführt haben, um den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete herbeizuführen, haben wir eine Verständigung gefunden. Sie wissen, daß die deutschen Gewerkschaften eingehende Vorschläge unterbreitet haben, um sobald als möglich die Zerstörung des Kriegsgebietes zu beheben. Allein die französische Regierung hat diese Vorschläge nicht zur Ausführung kommen lassen.“

Wenn auch heute noch weite Kreise in Frankreich und Belgien der Auffassung sind, daß Deutschland nicht bereit sei, die übernommenen Verpflichtungen, soweit es ihm möglich ist, durchzuführen, so darf ich bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, welche Lasten Deutschland aufgebürdet wurden, die dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete entzogen werden.“

Nach eingehender Schilderung der Aufwendungen Deutschlands für die Befähigungstruppen heißt es in dem Schreiben weiter:

„Betrachtet man die ungeheuren Kosten, die seither schon die Befähigungstruppen und die vielen Kommissionen hervorgerufen, so kann kein Zweifel darüber herrschen, daß mit diesen vielen Milliarden ein großer Teil der zerstörten Gebiete zum Wohl der Beschädigten längst hätte wiederhergestellt werden können. Auch darüber dürfte kein Zweifel bestehen, wie sehr diese nutzlose Verschwendung neuen Haß und neue Bitterveröhnung hervorruft, ohne daß den wirklichen Beschädigten in den zerstörten Gebieten etwas genützt wird.“

Ich habe mit aufrichtiger Genugtuung Ihre Arbeiten verfolgt, die dahingehen, die zerstörten Gebiete bald wieder wohnlich zu gestalten, und ich erinnere mich daran, daß zwischen den französischen und den deutschen Gewerkschaften längst volle Einigkeit der Auffassungen über diese Angelegenheit besteht. Ich glaube aber auch, daß es notwendig ist, einmal offen auszusprechen, wie sehr der wirkliche Wiederaufbau gestört und verhindert wird durch solche Ausgaben, wie ich sie eben schilderte und wie sie selber vom deutschen Volke völlig nutzlos aufgebracht werden mußten. Wer ernsthaft den Frieden unter den Völkern anstrebt, darf seine Hand nicht dazu bieten, diese nutzlose Ausfaltung des deutschen Volkes zum Schaden der wirklichen Reparationsleistungen noch länger fortzuführen.“

Die völlig widerrechtliche Ausdehnung der Besetzung auf das Ruhrgebiet wird aber diese nutzlosen Ausgaben jetzt noch ungeheuerlich vermehren.“

Die französische Politik versucht den gewalttätigen Einbruch in das deutsche Ruhrgebiet zu erklären als eine Folge der widerständigen Haltung Deutschlands in der Reparationsfrage. Aber die Wirkung der neuen Besetzung mit ihren ungeheuren Lasten kann

doch nur die sein, daß dem deutschen Volk die übernommenen Reparationsleistungen fortan gänzlich unmöglich gemacht werden. Und es ist in Deutschland nur eine Stimme, daß die französische Politik wie jedermann vorausschauende Wirkung mit Absicht herbeiführen will.“

Genosse Leipart weist darauf hin, daß die heutigen Machtgeber Frankreichs schon sehr frühzeitig die Politik mit der Reparationsfrage verknüpften und sich fortgesetzt einer vernünftigen Regelung dieser Frage hindernd in den Weg stellten. Im Gegensatz zu allen wirtschaftlichen Sachverständigen, die die geringe Leistungsfähigkeit Deutschlands feststellten und Maßnahmen zur Stärkung des deutschen Kredits forderten, begann Frankreich keine entscheidende politische Aktion gegenüber Deutschland:

„Ueber die Vernunft triumphierte die Gewalt, jene brutale Gewalt, welche das deutsche Volk und besonders die deutsche Arbeiterschaft im Ruhrgebiet in ihrem Nacken verspürte. Angeblich wegen der von der Reparationskommission festgestellten Verfehlungen Deutschlands, wonach Deutschland mit den auferlegten Lieferungen von Holz und Kohlen im Rückstand sei. Das ist ein lächerlicher Vorwand. Die deutschen Reparationsleistungen im Jahre 1922 betragen an Barzahlungen und Sachlieferungen sowie im Ausgleichsverfahren zusammen 1605,7 Millionen Goldmark. Außerdem hat Deutschland im Jahre 1922 in Ausführung des Versailles Vertrages noch sehr bedeutende Aufwendungen in Papiermark gemacht, z. B. 12,9 Milliarden für abgefertigte Binnenfahrzeuge, 9,4 Milliarden für die Kosten der Interalliierten Kommissionen, 12,9 Milliarden für Restitutions-, Substitutions- und dergleichen, 15,1 Milliarden für andere innere Ausgaben aus Anlaß des Vertrages von Versailles (Verdrängungsschaden usw.).“

Demgegenüber beträgt der Wert der Minderleistungen an Frankreich bei den Holzlieferungen etwa 2,5 Millionen Goldmark, bei den Kohlenlieferungen rund 21,5 Millionen Goldmark. Gesamte Minderleistung 1922 also rund 24 Millionen Goldmark oder 1,5 Proz. der Gesamtleistung. Dabei ist das Defizit bei den Holz- und Kohlenlieferungen zu einem beträchtlichen Teile auf höhere Gewalt und auf andere von Deutschland nicht zu vertretende Umstände zurückzuführen.“

Auf der anderen Seite hatte Frankreich nach dem Moratorium vom 21. März 1921, wo die deutschen Sachlieferungen auf 1450 Millionen Goldmark festgesetzt waren, das Recht, für 950 Millionen Sachlieferungen zu fordern. Warum tat es dies nicht, sondern versteifte sich auf die angeblichen Verfehlungen bei Holz und Kohle? Weil Frankreich die Sachlieferungen von Anfang an systematisch sabotiert hat, und zwar trotz der Abkommen von Wiesbaden und Berlin, die große Erleichterungen für den Bezug von wertvollen Materialien und Maschinen für die zerstörten Gebiete gewährten.“

So komme ich, werie Kameraden, wieder auf denselben Punkt, nämlich, daß es sich für das offizielle kapitalistische Frankreich gar nicht um deutsche Wiedergutmachungen, nicht um den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete handeln kann. Denn die französische Politik ist direkt darauf gerichtet, die Wiedergutmachungen und den Wiederaufbau zu verhindern. Jedenfalls ist dies die allgemeine Auffassung bei uns in Deutschland, die ich mir erlauben möchte, Ihnen hiermit zu unterbreiten.“

Wie können wir wünschen, daß die hier gemachten Ausführungen den weitesten Kreisen der französischen Arbeiterschaft zugänglich gemacht werden, damit diese gegen die Katastrophopolitik Poincarés und seiner nationalistischen Kammermehrheit anzukämpfen vermag und den Boden für eine Verständigung zwischen dem deutschen und dem französischen Volk vorbereitet.“

Die Zurücksendung deutscher Noten. Deutschland wird weiter protestieren.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist angewiesen worden, der französischen Regierung folgende Note zu überreichen:

„Mit Note vom 4. Februar hat die französische Regierung die Note der Deutschen Botschaft vom 31. Januar 1923 zurückgewiesen und zugleich angeklagt, daß sie in Zukunft keine Schreiben mehr entgegennehmen werde, die dem Wortlaut oder dem Sinne nach irgendeine Kritik der Feststellungen der Reparationskommission oder der infolge dieser Feststellungen getroffenen Maßnahmen enthielten.“

Die deutsche Regierung weist demgegenüber zunächst darauf hin, daß die zurückgesandte Note die Antwort auf mehrere Noten enthält, worin die französische Regierung der deutschen Regierung verschiedene Verstöße gegen den Vertrag von Versailles vorgeworfen hatte. In der Antwort der Deutschen Botschaft wurde der Sachverhalt aufgeföhrt und der Vorwurf der Vertragsverletzung entkräftet. Dabei ist ein Beschluß der Reparationskommission überhaupt nicht erwähnt, vielmehr nur hervorgehoben worden, daß das französische

beanspruchte Vorgehen Deutschlands die unvermeidliche Folge des Vertragsbruchs

sei, den Frankreich und Belgien durch die militärische Besetzung des Ruhrgebietes begangen haben.“

Wenn die französische Regierung in diesem erneuten Hinweis auf den begangenen Vertragsbruch nicht nur eine Kritik ihrer eigenen Maßnahmen, sondern auch eine Kritik der Maßnahmen der Reparationskommission sieht, so will sie sich damit anscheinend die Legitimation in Frankreich laut gewordene Auffassung zu eigen machen, daß die Reparationskommission durch ihren Beschluß vom 26. Januar 1923 den deutschen Rechtsstandpunkt hinsichtlich der Ruhrabgabe als unbegründet verworfen habe. Die Reparationskommission hätte danach mit der Feststellung einer allgemeinen Verfehlung Deutschlands in Anbetracht seiner Verpflichtungen gegenüber Frankreich und Belgien zugleich die

Rechtmäßigkeit der Ruhrabgabe

festgestellt. Die deutsche Regierung hat ihre Stellungnahme zu dem Beschluß der Reparationskommission dieser Mitteilung und hat keinen Anlaß, sich hierüber noch mit der französischen Regierung auseinanderzusetzen. Nur muß sie der französischen Regierung das Recht betreiben, jenen Beschluß als eine unrichtige Billigung ihres eigenen Standpunktes zu bewerten. Eine solche Bewertung ist schon deshalb verfehlt, weil eine Auslegung der Bestimmungen des Vertrages von Versailles, auf die die französische Regierung ihr Vorgehen stützen will, von der Reparationskommission, wenn überhaupt nur einstimmig hätte beschlossen werden können. Diese Voraussetzung war bei dem Beschluß vom 26. Januar nicht gegeben.“

Davon abgesehen, muß die deutsche Regierung aber feststellen, daß die französische Regierung es jetzt ein für allemal ablehnt, deutsche Vorstellungen gegen die von ihr getroffenen oder noch beschlossenen Maßnahmen auch nur anzuhören. Die

französische Regierung erhebt damit den Anspruch, daß alles, was sie nach ihrem beliebigem Ermessen getan hat oder tut, von Deutschland stillschweigend hingenommen werden muß.

Die deutsche Regierung kann in diesem Verhalten, das allen Regeln des friedlichen internationalen Verkehrs widerspricht, nur ein Anzeichen dafür sehen, daß sich die französische Regierung im Bewußtsein der Schwäche ihres Rechtsstandpunktes der Notwendigkeit zu entziehen wünscht, in eine sachliche Erörterung des deutschen Vorgehens einzutreten.“

Die deutsche Regierung kann und wird sich hierdurch nicht hindern lassen, den französischen Maßnahmen auch in Zukunft das entgegenzuhalten, was ihnen noch Recht und Gerechtigkeit entzogen gehalten werden muß.“

Wirtschaft

Zur Frage der Fischversorgung.

Zur Verschärfung der Ernährungslage hat nicht wenig der Umstand beigetragen, daß ausserordentlich in der Zeit der hohen Fleischpreise auch kein halbwegs erschwinglicher Seefisch zu haben ist. Im allgemeinen betrug der Fischpreis immer ein Drittel des Fleischpreises; heute ist er, am Fleischpreis gemessen, wesentlich höher. Es handelt sich dabei natürlich nur um die Fische des Meereskontinents; die besseren Fischsorten gehen längst zum größten Teil ins Ausland. Sozunge — um nur ein Beispiel zu nennen — kostete auf der letzten Hamburg-Wilhoener Auktion 15 000 bis 16 000 M. das Pfund. Unglücklicherweise waren die letzten Fänge nicht sehr ergiebig, das Angebot also nicht besonders groß. Dazu kommt, daß ein Teil der Fischdampfer nach England geht, vor allem jene Dampfer, die mit englischer Kohle fahren. Noch vor kurzem war zu hoffen, daß eine bessere Versorgung der Fischdampfer mit billigerer deutscher Kohle durchgeführt werden konnte. Die Besetzung des Ruhrgebietes warf alles wieder über den Haufen. Die Fischversorgung ist wie so viele andere Fragen in Deutschland eine Kohlenfrage. 80 Proz. der Produktionskosten gehen auf die Kohle, und die Produktionskosten sind nicht klein (80 Millionen pro Dampfer im Monat im Durchschnitt), was bei der Beurteilung des Preises nicht ganz übersehen werden darf. Dennoch muß betont werden, daß augenblicklich der Preis im Verhältnis zu den Produktionskosten zu hoch ist.“

Ein Druck auf den Preis ist nur möglich durch ein härteres Fischangebot. Wie uns mitgeteilt wird, soll deshalb bei Konventionstrafen auch ein Teil der nach England gehenden Fischdampfer verpflichtet werden, nach Deutschland zu fahren. Ferner muß die Frucht für die Fische, wie bei anderen lebenswichtigen Gütern, ermäßigt werden. Dies wäre besonders für Süddeutschland wichtig, wo ebenfalls große Fleischknappheit und Teuerung besteht. Infolge der neuen Geldentwertung bedeuten die Transportkosten (etwa 80 M. pro Pfund) nicht mehr besonders viel; aber die Frucht wird bis zum März sichtlich erhöht werden. Es sind, wie wir erfahren, bereits Verhandlungen zur Senkung der Fischfracht im Gange. Sie sind um so notwendiger, als im März, wenn die großen Fänge vorgenommen werden, die Fleischknappheit infolge der durch den milden Winter verstärkten Viehzucht nach zunehmen muß. Leider ist der Seefisch in Deutschland kein Nahrungsmittel wie in England. Er wird nur der Billigkeit halber gekauft. Die Herabdrückung des Fischpreises ist deshalb dringend notwendig.“

2,8 Billionen schwebende Schulden. Die Einnahmen und Ausgaben des Reiches haben in der letzten Zeit sich etwas günstiger gestaltet, stehen aber noch immer in einem schrecklichen Mißverhältnis, das das rapide Anwachsen der schwebenden Schulden des Reiches erklärt. Diese besitzen sich jetzt auf 2,78 Billionen Papiermark. In den drei Monaten des Januar verbesserte sich der Eingang an Zahlungen an die Reichskasse. Während im Dezember 72,8 Milliarden Mark Ausgaben nach 68,8 Milliarden Mark Einnahmen gegenüberstanden, war das Verhältnis im Januar 745,9; 159,2 Milliarden Mark. Im vorigen Monat waren also mehr als neun Zehntel der Ausgaben ungedeckt, und es ist schon eine wesentliche Besserung, wenn im Januar etwas mehr als ein Fünftel der Ausgaben durch Einnahmen gedeckt wurde! An Zwangsanleihe sind bisher 8,48 Milliarden Papiermark, umgerechnet nach dem durchschnittlichen Dollarkurs des Monats, in dem die Zahlung erfolgte, ganze 12,25 Millionen Goldmark eingegangen.“

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel sind noch folgende amtlichen Notierungen nachzutragen: 100 österr. Kronen 43,84 Geld; 44,11 Brief; 1 ungarische Krone 11,85 Geld, 11,91 Brief; 1 bulgarische Bana 189,52 Geld, 190,48 Brief. 1 Polnische Zloty im freien Verkehr etwa 0,80 M.

Schwedische Proteste.

Stockholm, 9. Februar. (WZB.) Eine zahlreiche deutsche Protestdelegation in Durnholm nahm nach einer Rede des Stockholmer Oberbürgermeisters Lindhagen (Soz.) eine Entschloßung an, worin scharfer Widerspruch gegen die Verletzung des internationalen Rechtsgefühls durch die Bergewallung eines mehrfachen Volkes, der Gram darüber, daß ein großes Volk ohne Zaudern die Achtung seiner Freunde vergeudet, sowie die Bewunderung und Sympathie für die Ruhrbesetzung ausgesprochen wird. Die Eintrittsgelder im Betrage von 11 000 Kronen, rund 90 Millionen Mark, werden, wie bei der Bergewallung in Dorebro, der wolleidenden Ruhrbesetzung überwiesen. — In Helsingborg nahm eine von über 1000 Personen besuchte Versammlung eine Entschloßung an, die tiefe Teilnahme an den Leiden des deutschen Volkes und das Bedauern ausdrückt, daß nicht die Grundidee des Völkerbundes der bestimmende Faktor in den Friedensverträgen wurde. Sämtliche Entschloßungen werden den Gesandtschaften der Großmächte in Stockholm zugestellt.“

Dänische Bruderhilfe.

Aufnahme von Kindern aus dem Ruhrgebiet.

Die eingehende Berichterstattung des Kopenhagener „Socialdemokraten“ über die Ruhrbesetzung und seine Beleuchtung ihrer Folgen hat bis jetzt 800 dänische Arbeiterfamilien veranlaßt, sich bereit zu erklären, je ein Kind aus dem Ruhrgebiet bei sich aufzunehmen. Eine Vertreterin des Deutschen Roten Kreuzes begibt sich in diesen Tagen nach Kopenhagen, um mit den Organisationen die Auswahl der Kinder und die Vorbereitungen für ihre Reise zu den gastfreundlichen dänischen Arbeitern zu treffen.“

Ruhrbesetzung und Völkerbund.

Bern, 9. Februar. (WZB.) Im Nationalrat brachte Grimm (Soz.) folgende Interpellation ein:
Der Bundesrat wird aufgefordert, mitzuteilen, wie er die aus der gegenwärtigen schwierigen Wirtschaftslage Europas für die Schweiz entstehenden Folgen zu bekämpfen gedenkt. Der Bundesrat wird insbesondere ersucht, die Gründe bekanntzugeben, die ihn veranlassen haben, angesichts der die europäische Wirtschaft und den Weltfrieden in so unheilvoller Weise bedrohenden Ruhrbesetzung auf die Einhaltung der Bestimmungen des Völkerbundpaktes und der von der 3. Völkerbunderversammlung gefassten Beschlüsse und damit auf Erfüllung des aus Anlaß der Völkerbunderversammlung im Jahre 1920 dem Schweizer Volk gegebenen Versprechens zu verzichten.“

Bundesrat Rotta antwortete:

Der Bundesrat hat die Frage einer Intervention geprüft. Die Voraussetzung der Völkerbunderversammlung hat aber ausdrücklich zur Voraussetzung, daß die Intervention nur auf den Wunsch eines der Beteiligten stattfinden darf. Im vorliegenden Falle trifft das nicht zu. Unter diesen Umständen lag für die Schweiz keine Veranlassung zu einem Vorgehen vor, um so weniger, als sie auf Unterstützung von dritter Seite nicht rechnen konnte. Man mußte außerdem, daß Branting einen ähnlichen Gedanken aufgegeben hatte. Auch innerhalb der Schweiz waren die Meinun-

gen über die Opportunität eines solchen Schrittes geteilt. Der Bundesrat behält sich für später volle Handlungsfreiheit vor.“

Branting hat in den Ausführungen, die wir am Freitagmorgen veröffentlichten, seine Hoffnung darauf gesetzt, daß bei den Nationen, die den Völkerbund bilden, Verständnis einziehen werde. Die Darlegungen Brantings und Mantas, daß erst auf Antrag einer beteiligten Regierung der Völkerbund eingreifen könne (d. h. prüfen, ob er eingreifen solle), sind also wohl nicht dahin zu verstehen, daß ein Antrag Deutschlands die Vermittlung des Völkerbundes herbeiführen könnte.“

Stimme aus dem Elysee.

Neunstundentag von Deutschland gefordert.

Paris, 9. Februar. (WZB.) Der ehemalige Finanzminister des Kabinetts Millerand und Vertrauensmann des Präsidenten der Republik, Herr d. „B.“, Francois Marsal, hat gestern abend auf einem Bankett des amerikanischen Klubs in Paris eine Rede gehalten, in der er im Hinblick auf die Besetzung des Ruhrgebietes u. a. sagte, er spreche nicht in amtlicher Eigenschaft, er könne aber ja viel sagen, daß das französische Volk von Deutschland nur die zur Verzinsung und Tilgung des von ihm auf Reparationskonto vorgeschossenen Kapitals erforderliche Summe verlange. Deutschland könne sich darüber, wenn es wolle, leicht mit Frankreich verständigen. Wenn das deutsche Kapital seinen Anteil an den Reparationen tragen könne, so dürfte man allerdings sagen, daß auch die deutsche Arbeit den ihrigen tragen könne und müsse. Wenn man sämtliche Stunden, die der Krieg gehauert habe, zusammenzählen würde, würde es genügen, wenn man für jede von ihnen von den deutschen Arbeitern eine Ueberstunde zum Ausgleich verlange und alles wäre rasch liquidiert. Möglichkeiten dazu seien gegeben. Man müsse aus der gegenwärtigen Lage heraus, sonst werde man nicht zum Weltfrieden kommen. Solange die deutsch-französische Frage nicht geregelt sei, werde es offensichtlich keinen Frieden in Europa geben und, wie alle anderen Völker seien auch die Vereinigten Staaten friedensbedürftig. Sie müßten also daran mitarbeiten.“

Bucharin gegen kriegerische Verwickelungen.

Moskau, 8. Februar. (WZB.) Auf dem am 6. Februar in Moskau eröffneten allrussischen Pressekongress erklärte Bucharin, wie das von der französischen Regierung unternommene Abenteuer im Ruhrgebiet auch enden möge, so sei Sowjetrußland keineswegs gewillt, sich in einen neuen Krieg verwickeln zu lassen. Sowjetrußland müsse auf der Hut sein, daß es nicht von dem Schicksal Deutschlands ereilt werde. Seine Hauptaufgabe bleibe die Sorge um den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes.“

Das Urteil gegen den früheren sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Dr. Max Bendiger ist infolge Verwertung der Revision durch das Reichsgericht rechtskräftig geworden.“

Gewerkschaftsbewegung

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

Erste Tagung.

Im Festsaal des Preussischen Landtages trat am 9. Februar der Bundesauschuss des im Juni vorigen Jahres in Leipzig gegründeten Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes zusammen. Die 17 angeschlossenen Verbände hatten 230 Vertreter aus dem ganzen Reich entsandt. Genosse Falkenberg, der Führer der deutschen Beamtenenschaft, eröffnete die Tagung mit dem Hinweis auf die Bedeutung der neuen entschledenen Gewerkschaftsbewegung der Beamtenenschaft.

Aus dem vom Vorstand erstatteten Geschäftsbericht ging hervor, daß sich seit der Gründung dem ADB fünf weitere Verbände angeschlossen haben, so daß der ADB jetzt aus folgenden Organisationsgruppen besteht: Eisenbahn (2 Verbände), Post (2), Verwaltung und Justiz (4), Bank (1), Lehrer (1), Techniker und Musiker (4), Kommunalbeamte, einschließlich der beiden Technikerverbände (5). Im übrigen würdigte der Bericht die Ende des vorigen Jahres mit dem alten Deutschen Beamtenbund geführten Verhandlungen, die die Hoffnung auf eine Einigung der Beamtenenschaft zerstört hätten, da die Leitung des Deutschen Beamtenbundes sich nicht gewillt zeigte, klare gewerkschaftliche Grundzüge anzuerkennen. Die Ende Dezember zwischen dem ADB, ADBB und dem AFD-Bund abgeschlossenen Vereinbarungen haben die Grundlage für ein Abkommen zwischen den beiden anderen Epigenorganisationen zur Herbeiführung einer engen Gemeinschaftsarbeit in allen gemeinsamen Fragen der Arbeiter, Angestellten und Beamten geschaffen.

Zur Befreiung des Ruhrgebietes wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen: „Der Bundesauschuss des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes erblickt in dem Einbruch der Franzosen und Belgier in friedliches deutsches Gebiet einen unerhörten Rechtsbruch, gegen den er mit dem gesamten deutschen Volk Verwahrung einlegt. Die im Allgemeinen Deutschen Beamtenbund vereinigte deutsche Beamtenenschaft wird mit Entschiedenheit alle Maßnahmen unterstützen, die geeignet sind, die schwierige politische und wirtschaftliche Lage der Bevölkerung des gesamten Gebietes zu überwinden. Aber wenn sie auch gewillt ist, alle notwendigen ideellen und materiellen Opfer zu bringen, um eine schnelle Beendigung der Besetzung herbeizuführen, so verurteilt sie andererseits aufs schärfste die Machenschaften jener Kreise, die mit Waffengewalt eine Entscheidung herbeiführen wollen. Der Bundesauschuss des ADB überfendet der kämpfenden Kolonnenchaft im besetzten Gebiet solidarische Grüße und erneuert noch einmal das Gelübnis, daß die deutsche Beamtenenschaft alles zu opfern bereit ist, um die Erhaltung der deutschen Republik zu fördern.“

Die Gewerkschaften müssen zerstört werden!

„Der Kampf“, das Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union, ist ein kommunistisch-fundamentalistischer Abieger, der den Kampf der Kommunisten gegen die Arbeiterschaft und ihre Organisationen mit erschütternder Offenheit führt, während die von Moskau geleiteten Kommunisten nach dem Rezept Lenins diesen Kampf unter der Maske der „Einheitsfront“ führen. Dieser „Kampf“ schreibt in seiner letzten Nummer, nachdem er die Gewerkschaftsfunktionäre aller undenkbaren Verbrechen anklagt:

Aus dieser Umklammerung kann sich das Proletariat nur retten, wenn es die Gewerkschaften von Grund auf zerstört. Ein Wechsel der Beamten hilft da nichts. Das Organisationsprinzip der Gewerkschaften, die Verhältnisse, die Bureaustellenstellung, machen jeden Beamten, wenn er erst die Möglichkeit dazu hat, zu dem, was die heutige Bureaustelle ist. Nur der betriebsweise Zusammenschluß zu Betriebsorganisationen gibt dem Proletariat seine Geschichte in die eigene Hand.

„Alle Macht den Betriebsräten!“ schrien und schreien die Moskowiter. „Zeichnet nichts auf die Listen der verräterischen Gewerkschaften, sondern sammelt für unseren Kampffonds!“ ruft in der „Roten Fahne“ der fragwürdige Ausschuss der kommunistischen Betriebsräte. In dieser Tonart geht es täglich weiter. Die Abgeländerten der Münzstraße halten in den Gewerkschaften Alimotterreden gegen die „Bonzen“ und die „Rote Fahne“ schimpft täglich spaltenlang über die Gewerkschaftsführer. Während aber die Moskowiter nach dem bekannten Rat Lenins die Wahrheit verschweigen und behaupten, diese Hege gegen die Gewerkschaften und die Vereinigte Sozialdemokratie werde betrieben, um die Einheitsfront herzustellen und eine Arbeiterregierung zu bilden, ist der „Kampf“

offener. Die Gewerkschaften müssen zerstört werden, sagt er, und zwar „von Grund auf“. Dann erst wird das goldene Zeitalter anbrechen — für alle Scharfmacher und Ausbeuter.

Ende des Berliner Holzarbeiterstreiks.

Eine riesige Versammlung der streikenden Holzarbeiter füllte gestern den großen Saal der Brauerei Friedrichshagen und seine Galerien bis auf den letzten Platz. Selbst alle Nebenräume und Zugänge waren dicht besetzt. Kopf an Kopf gedrängt nahmen die Streikenden den Bericht des Bevollmächtigten der Ortsverwaltung, Böse, über das Ergebnis der Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden vor dem Demobilisationskommissar zur Beilegung des Streiks entgegen. Auf einen Einigungs-vorschlag des Gewerberats Körner erklärten die Arbeitgeber sich bereit, für die Zeit vom 28. Januar bis 8. Februar eine Zulage in Höhe von 90 Proz., vom 4. bis 10. Februar von 105 Proz., vom 11. bis 17. Februar von 120 Proz. und vom 18. bis 24. Februar von 125 Proz. zu bewilligen. Die sich hieraus ergebenden Tariflöhne betragen 928 M., 1000 M., 1073 M. und 1098 M. Eine Nachzahlung von 85 Proz. auf die Januarlöhne zu gewähren, wurde von den Arbeitgebern abgelehnt.

Die Streikleitung hat sich mit diesem Angebot beschäftigt und ist nach eingehender Prüfung der Sachlage zu dem Entschluß gekommen, den Kollegen die Annahme dieses Einigungsvorschlages zu empfehlen. Nach einer über zwei Stunden währenden, zeitweise sehr lebhaft geführten Aussprache stimmte die überwiegende Mehrheit der Versammlung für die Annahme des Angebots. Die Differenzen sind damit beigelegt und der Streik ist nach zehntägiger Dauer beendet.

Die Lohnbewegung im Gastwirtsgeerbe.

In den drei Mitgliederversammlungen des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, die am Mittwoch stattfanden, wurde über den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses berichtet. Der Schiedspruch sieht für alle Kategorien, mit Ausnahme des Personals der Saal- und Gartengeschäfte, eine Erhöhung der Löhne von 60 bis 74 Proz. vom 2. bis 15. Februar, von 92 bis 110 Proz. vom 16. Februar ab vor. Der Schiedspruch wurde besonders in seinem zweiten Teil scharf kritisiert. Die drei Versammlungen nahmen hierzu folgende Entschliessung an:

„Die am 7. Februar 1923 tagenden Mitgliederversammlungen des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten nehmen den gefällten Schiedspruch über die Februarlöhne, trotzdem diese in keiner Weise ausreichend sind, an. Die gegenwärtige Lage im Gastwirtsgeerbe verhindert, daß auf anderem Wege ein anderes Ergebnis erzielt werden könnte.“

Die Versammelten fordern in Anbetracht der durch die Verordnungen über die 11-Uhr-Polizeistunde und das Tanzverbot eingetretenen Schädigungen für die Arbeitnehmer im Gastwirtsgeerbe, daß seitens der maßgebenden Regierungsstellen mit den Arbeitnehmerorganisationen in Verhandlungen eingetreten wird, um die Angestellten vor noch größerem Schaden zu bewahren.

Der gefällte Schiedspruch wird abgelehnt, soweit er für die Saal- und Gartengeschäfte eine Erhöhung der Januarlöhne nicht vorsieht. Die Arbeitnehmer müssen es als eine ungeheuerliche Zumutung bezeichnen, sie für Löhne des vergangenen Monats zu beschäftigen. Die Organisationsleitung wird deswegen beauftragt, sofort mit dem Arbeitgeberverband in neue Verhandlungen über die Löhne für die Saal- und Gartengeschäfte einzutreten.

Abgelehnt muß der Schiedspruch ferner insoweit werden, als er einen Abzug von 10 Proz. für diejenigen Arbeitnehmer, die Dienstkleidung erhalten, vorsieht, weil dieser Teil des Schiedspruches gegen die Bestimmungen des Manteltarifes verstößt. Das Schiedsgericht hat kein Recht, die vertraglichen Bestimmungen des Manteltarifes bei der Entscheidung über ein neues Lohnabkommen zu ändern. Die Arbeitnehmer werden daher aufgefordert, irgendwelche Abzüge dieser Art nicht anzuerkennen.

Keine Differenzen bei Asinger.

Der Zentralvorstand der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten teilt uns mit, daß die in Nr. 53 des „Vorwärts“ kritisierte Verrechnung der Prozente nach dem 7. des folgenden Monats, die als Tarifbruch bezeichnet worden war, abgeändert ist. Verhandlungen zwischen dem Betriebsrat und der Firma sowie der Organisationsleitung haben zu einer Verständigung geführt.

Achtung, Banarbeiter! Heber die Feuerungs- und Hochbauarbeiten der Rinkraffnerie Oberpreze in Firma König-

heim u. Remh wird hiermit die Sperre verhängt. Es darf niemand unserer Bundesmitglieder dort Arbeit annehmen, da die Firma die tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen verstoßert hat. Der Vorstand der Baugewerkschaft Berlin. Fachgruppe Bauarbeiter.

Der Bergarbeiterstreik im Saargebiet.

Die Saarbergarbeiter fordern eine Lohnerhöhung von 5 Frank ab 1. Februar, weitere 10 Frank ab 1. März. Ferner fordern sie: 1. Bessere Behandlung der Belegschaftsmitglieder; 2. Einhaltung des Tarifvertrages beim Gebirgsabfuhr; 3. Regelung der Handwerkerzulage; 4. Veröffentlichung der monatlichen Lohnstatistik der einzelnen Inspektionen; 5. Nachprüfung der bis jetzt erfolgten Verlegung aus Werkstätten und Maschinenfabrik in die Grube; 6. Mehr Entgegenkommen bei Verlegungen von einer Grube zur anderen unter Berücksichtigung des Wohnortes; 7. Bei Neuanstellungen Berücksichtigung in erster Linie von Söhnen der Belegschaftsmitglieder.

Trotzdem die Streikenden durch ihre Vertrauensmänner für Ruhe und Ordnung sorgten und nicht ein einziger Zwischenfall zu verzeichnen war, erfolgte in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag der Aufmarsch des französischen Militärs, und zwar vermutlich auf Verlangen der Bergwerksdirektion. Die Gruben wurden mit starken Militärabteilungen besetzt. Die Organisationen der Bergarbeiter haben diese Maßnahmen zu einem Aufruf an die Streikenden veranlaßt, nun erst recht für Ruhe und Ordnung zu sorgen. „Wohnen bleiben und weiter streiken!“ — Die Grubenvorwaltung hat erklärt, daß sie außer dem Zugeständnis einer Lohnerhöhung von 3 Frank für die Schicht ab 1. Februar keine weitere Lohnerhöhung machen könne und sich nach Ausbruch des Streiks an dieses Zugeständnis nicht mehr gebunden hält. Es erübrigte sich, in die von den Bergarbeiterorganisationen gewünschten Verhandlungen einzutreten. — Streikbrecher haben sich noch nicht gefunden.

Da sich in der saarländischen Industrie bereits ein empfindlicher Kohlenmangel bemerkbar macht, rechnet man mit starken Einschränkungen in der Industrie. Die Tillingen Hütte unter dem französischen Generaldirektor Koerber, deren Aktionäre ebenfalls zum großen Teil Franzosen sind, hat bereits am Dienstag einen Teil der Arbeiter sämtlicher Schichten nach Hause geschickt, offenbar zu dem Zweck, die Hüttenarbeiter gegen die Streikenden auszuspielen. — Die Streiklage ist unverändert.

Der Bergarbeiterstreik in Lothringen ist nach einer Habas-Meldung aus Forbach in den Gruben von Petite-Rosielle sowie in den Gruben von Saarel-Roselle und la Hoube am Donnerstagmorgen allgemein gewesen. Die Zahl der Streikenden betrug 22.000. Bis jetzt sei kein Zwischenfall zu verzeichnen. Die freien Gewerkschaften machten mit den kommunistischen Verbänden gemeinsame Sache. Die Bergarbeiter rechneten darauf, daß infolge der Unterbrechung der Kohlenzufuhr aus dem Ruhrgebiet ihre seit Dezember formulierten Forderungen erfüllt werden. Truppen seien an Ort und Stelle (was in einem Militärlande die Hauptache ist) um die Ordnung zu sichern, (die oben dem von den Streikenden am besten gesichert wird). Man habe den Eindruck, daß der Streik ziemlich lange dauern werde. (Wahrscheinlich nicht länger, als man die Vergleute auf die Erfüllung ihrer Forderungen warten läßt.)

Deutsche Werkz. u. G., Spandau und Potsdam. Arbeiter und Angestellte, Gewerkschafts- und Parteifunktionäre der SED. Wichtige Sitzung Montag, den 13. Februar, nachmittags 4 Uhr, im kleinen Saal des Postz. Partei- und Gewerkschaftsausschuss legitimiert.

Präparatmäßig für den redakt. Teil: Viktor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Gluck, Berlin. Berlin: Vorwärts-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Seite 1. Beilage.

Bei Husten, Asthma und Lungenleiden
Sanitätsrat **Dr. Wegschelders Brust-Tee** nach Original-Vorschrift hergestellt. — Zu haben: Eifanten-Apotheke, Berlin SW, Leipziger Straße 74, am Dönhofsplatz.
Erstklassige Herrenbekleidung
Anzüge, Paletots, Schläpfer, prima Stoffe fertig und nach Maß :: Billige Preise
MAX FLUSS, Rosenthaler Straße 58

Leciferrin
flüssig und in Tabletten
Nervenstärkend-blutbildend
Nervösen, Erschöpften
bringt das nervenstärkende, blutbildende Leciferrin wieder Kraft und Lebensfrische. Schon eine vier- bis sechswöchentliche Kur zeitigt nach ärztlichen Feststellungen sichtbare Erfolge. Leciferrin ist, an den heutigen Preisen der Lebensmittel gemessen, billig und eignet sich daher auch als tägliches Kräftigungsmittel, ebenso zur Unterstützung der Kinder- und Wöchnerinnen-Ernährung.
Galenus Chemische Industrie Frankfurt am Main

EDEL-LIKÖRE
Delpy
Weinbrand
A-Delpy & Co. A.G. Berlin, N24, Johannisstr. 18/19 1872
Likörfabriken · Fruchtsaft-Presserei · Weinbrennerei

Theater, Lichtspiele usw.
Opernhaus 7 1/2 Uhr: Tosca
Schauspielhaus 7 1/2 Uhr: Macbeth
Residenz-Th. Täglich 8 Uhr: Es lebe das Leben!
Volkshöhle 7 1/2 Uhr: Mein Leopold
Lessing-Th. Heile u. mörge 7 1/2 Uhr: Liebel / Die Lore
Deut. Künstler-Th. Abends 7 1/2 Uhr: Magdalena / I. Klasse
Theater des Ostens (Rose-Theater) 7 1/2 Uhr: Lüge Nr. VII
Deutsch. Theat. 7 1/2 Uhr: Penthesilea
Kammerspiele 7 1/2 Uhr: Der Kreis
Gr. Schauspielh. (Karlsruhe) 7 1/2 Uhr: Die törichte Jungfrau
Trianon-Th. Täglich 8 Uhr: Erika Gläsern in Sissi
die Kokotte
Kleines Th. Tägl. 8 Uhr: Die Unmoralischen
Der Blaue Vogel
Al abendlich 8 1/2 Uhr: Das 3. Programm
Schauspielhaus 7 1/2 Uhr: Macbeth
Residenz-Th. Täglich 8 Uhr: Es lebe das Leben!

Theater i. d. Königgrätz. Str. 7 1/2 Uhr zum 1. Male Aus d. Leben der Insekten Komödie von J. u. K. Czapek
Komödienhaus 7 1/2 Uhr: Kameraden
Berliner Th. 7 1/2 Uhr: Madame Pompadour
Deutsch Opernhaus 7 1/2 Uhr: Die toten Augen
Große Volksoper im Theat. d. Westens
Schmuck d. Madonna
Frau Adas
Die G'schamige Lustspielhaus
Der Mustergatte
Metropol-Theater
NewYork-Berlin
Die Bajadere
Neues Opernt.-Th
D. neue Gilbert
Kajja, die Tänzerin
Margit Suchy
Muth. Beckersachs, Paulsen, Tiedke, Gross, Mamecik
Neues Th. am Zoo
Aus Gilberts Opern
Orline u. der Zufall
Neues Volkstheater
Michael Kramer
Renaissance-Theat.
Schiller-Th. Charl.
Der Schöpfer
Thalia-Theater
Ein Jahr ohne Liebe
Th. a. Nollendorfpl.
Königin der Straße
Vette u. Diepsch
Theater d. Kammeramt.-Th
Uhr: Katte
Wallner-Theater
Uhr: Der kühne Schwimmer

Romische Oper
Dir.: James Klein (7 1/2) Internat. Revue in 25 Bildern
Europa spricht davon
200 Mitwirkende! 6 Balletts!
Mr. Jackson vom Alhambra-Theater in London mit seinen engl. Girls sowie die bekanntesten Darsteller von Bühne und Film Vorverkauf ununterbrochen
Walhalla-Th. Tägl. 7 1/2 Uhr: Helrate, Belne Frau, Macht d. Finsternis
Central-Theater 7 1/2 Uhr: Die Admirals-Varieté
7. o. Febr.-Programm unübert. eiflich
Zum Besten der Ruhrspende!
Admiralspalast
Sonntag, den 11. Febr., mittags 11 1/2 Uhr:
Großes Orchester-Konzert des Orchesters des Deutschen Opernhauses.
Leitung: Professor Rudolf Krasse!
Solist: Kammeränger Karl Braun (Staatsoper)
Der Vorverkauf hat begonnen

Am Ballum Tagum
wird eine Tasse Kaffee, Tee, Kola, ein Mineralwasser, zum Essen serviert man reichlich Süßigkeiten. Ein gut gek. bill. und bekömmlich. Eine Tasse genügt für eine Tasse. Schoppen mit 100, 200 u. 300 Stück.
Erhältlich in Kaffeehäusern, Drogenhandlungen und Apotheken.
Wien-Berlin Unterhaltungs-Varieté
Das große Varieté-Programm
Das größte Nachmittags-Abendprogramm
Verstärkt. Programm
Casino-Theater
Reichshallen-Th. Tägl. 7 1/2 Uhr, Sonntag nachts 3 Uhr halbe Preise
STETTNER Säng. -Trio
WINTERGARTEN Varieté-Spielplan
kathol. gestiftet!
Uranja Theater 8 Uhr: Mi. Sang und Klang
zwischen Schwarzwald u. Alb. Klein. Saal 8 U.: Elekt. Bannen
Theater S. Beth. Tägl. 7 1/2 Uhr, Sonntag nachts 3 Uhr
Elite-Sänger u. a. Lesungen, Schwelger-sänge!
Zielka Friedrichstr. Ecke Leipziger Str. Varieté-Kabarett in Helene Spielh. u. Margaretensaal
Abends 7 1/2 Uhr: Neues Febr.-Prog. Fridolin
der schönste Mann von Groß-Berlin
Täglich 8 1/2 Uhr: Nachmittags-Vorstellungen
Plandscheine, Gold-, Silber-, Platin-Bruch
kauft höchstzahlend Holzmarktstr. 5. Passage
Edel- und Aitmetalle
höchstzahlend 35 Ackerstr. 35.

Wochenende.

Die Engländer haben ein Wort, das für sie der Inbegriff des Friedens, der Ruhe, der Stille und Erholung ist: weekend, auf deutsch Wochenende. Weekend setzt im Inselreich am Sonnabendmorgen um 1 Uhr ein und endet am Montagfrüh. In der Zwischenzeit will der Engländer von Arbeit nichts hören und sehen und das 40 Stunden lang.

Das deutsche Wochenende war schon vor dem Krieg recht kümmerlich und begann im besten Fall am Sonnabendabend um 5 Uhr. Am Sonntag waren noch früh und mittags die Köden auf, damit die kaufmännischen und die Hausangestellten nur ja nicht zu üppig in ihren Ansprüchen auf Sonntagruhe würden. Dann kam der Krieg, der Tag um Tag, nahezu 1500 Tage lang, an den Kernen des Volkes fraß. Dann die Revolution, das letzte Aufbäumen eines in Hunger und Verzweiflung verkommenen Volkes. Dann die Faustschläge der Sieger auf die ungedeckten Weiber des Volkes. Immer weiter hinein in Hunger, Not, Entbehrungen und Elend. Und endlich die Regierung des christlichen Volkes der Franzosen, wie ein Bogenschütze bereit zum Knackout. So sieht heute in Berlin und in jeder deutschen Großstadt jedes Wochenende aus und am schlimmsten wohl im neu besetzten Gebiet selber. Und was kam nicht außerdem noch in dieser letzten Woche hinzu, um den Berg des Unheils noch höher zu türmen? In Oberschlesien mähete der Knochenmann mehr denn hundert braver Bergleute um. Frauen und Kinder stößt er in wütende Not. Kurz vorher sind dort unten — Duplizität der Ereignisse — gleichfalls ein halbes hundert Arbeiter ums Leben gekommen. In dem friedlichen Markstädtchen Freienwalde müssen 5 Menschen an verblutetem Fleisch zugrunde gehen, hundert andere schweben tagelang zwischen Tod und Leben. Die Opfer der Katastrophe im Rostock-Haus werden zur Ruhe bestattet und an den Gräbern, die blühende Menschenleben umschließen, stehen untröstliche Mütter. Der Knochenmann geht um. . . Ach was, der Knochenmann! Ist es nicht am Ende überall die Nachlässigkeit, die Fahrlässigkeit, das Laufenlassen der Dinge, die das Unheil verschuldet? „Die Behörden ordnen strenge Untersuchung an.“ Man kennt das schon. Aber tote Menschen können sie nicht mehr lebendig machen. Die Behörden? Es gibt solche, über die das Volk bereits müde lacht! Die Geheimen Räteungsräte! Von der Impotenz zur Moralität ist nur ein Schritt, und der heißt: 11 Uhr Polizeistunde. Das Volk wird früh ins Bett geschickt.

Und wenn die Polizei mit Engel(brecht)ungen redete, die internationalen und nationalen Schieber veranstalten ihre heimlichen Orgien bis in die Morgenstunden weiter. Wucher! Wucher! schreit und jammert das Volk! 4000 Papiermark Geldstrafe, antwortet der Richter. Das ist unser Wochenende! Mit diesen Gedanken gehen wir in den Sonntag hinein. Was wird die nächste Woche bringen?

Verkehrseindliche Verkehrseinschränkungen.

Der infolge der Ruhrbeziehung vorgenommenen Verkehrseinschränkung sind zuerst die bei der reisenden ärmeren Bevölkerung so sehr beliebt gewordenen beschleunigten Personenzüge zum Opfer gefallen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Eisenbahnverwaltung die günstige Gelegenheit benutzt habe, um diesen Fortschritt aus fiskalischen Gründen zu beseitigen, ohne Rücksicht darauf, wie schwer gerade dadurch die breitere Masse der reisenden Bevölkerung geschädigt wird. Die Arbeiterschaft muß sich darauf drängen, daß nach Behebung des Kohlenmangels, mindestens aber bis zum Frühsommer diese Züge wieder eingestellt werden, denn nur dann ist ihr die Möglichkeit gegeben, größere Reiten unter einigermaßen erträglichen Verhältnissen zu unternehmen.

Panik in der Staatsoper. Während der Vorstellung des „Don Giovanni“ in der Staatsoper löste sich während der letzten Szene die Abdeckung eines Dampfrohres. Das Geräusch des ausströmenden Dampfes heunruhigte das Publikum und ein Teil desselben erhob sich, um das Haus zu verlassen. Nachdem man wenige Augenblicke später das Rohr vom Kesselhaus aus abgesperrt hatte, konnte die Vorstellung ihren Fortgang nehmen.

Eine deutsch-böhmische Millionenspende. Die „Reichenberger Zeitung“ in Reichenberg in Böhmen hat eine Sammlung für die

Berliner armen Kinder veranfaßt. Der Aufruf hat bisher 250 Millionen Mark ergeben. Chefredakteur Dr. Wilhelm Feistner erschien dieser Tage persönlich beim Oberbürgermeister Böß im Berliner Rathaus, um den bisherigen Sammlungsvertrag zur Verfügung zu stellen, damit er über die Verwendung bestimme. Oberbürgermeister Böß sprach im Namen der Stadt Berlin den allerherzlichsten Dank aus.

Der Berliner Milchskandal.

Wir haben bereits gestern darauf hingewiesen, daß die ungeheure Steigerung des Milchpreises in den letzten Wochen von etwa 200 auf jetzt glücklicherweise 700 M. für das Liter alle Veranlassung gibt, mit allen Mitteln dem entgegenzuwirken. Leider liegt uns die genaue Kalkulation des Milchamts für die neue Steigerung nicht vor. Es muß aber erneut in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß die Zustände im Berliner Milchamt derartige sind, daß man sie in einem normalen Betrieb nur noch als Schwestern bezeichnen würde. Vor drei Wochen wurde von unserem Vertreter in der Ernährungsdeputation Ausschluß über die Verwendung der über die unmittelbaren Selbstkosten hinausgehenden Spannen, die das Milchamt zurzeit erhebt, verlangt. Die zuständigen Vertreter erklärten, sie könnten keine Auskunft geben, aber in 14 Tagen würde man im Schweiße des Angesichts eine Bilanz ausgearbeitet haben. Vierzehn Tage verfloßen, die Ernährungsdeputation trat zusammen, was nicht da war, war die Bilanz. Man hatte zwar bis in die Nacht hinein gearbeitet, hatte aber leider den Abschluß nicht schaffen können. Jetzt warten die Stadtverordneten mit Schmerzen auf die Unterlagen, die ihnen andauernd „in den nächsten Tagen“ zugehen sollen. Optimisten glauben, daß man in vierzehn Tagen in der Ernährungsdeputation eine Bilanz zu sehen bekommen wird, weniger optimistisch angelegte Zeitgenossen vermuten, daß das Ernährungs- oder Milchamt diese Leistung niemals vollbringen wird. Es ist, wir wiederholen das noch einmal in voller Deffektivität, ein unerhörtes und durch gar nichts zu rechtfertigender Zustand, daß eine städtische Behörde wie das Milchamt, das auf Grund bestimmter ministerieller Verfügungen die Milchversorgung Berlins einheitlich zu regeln hat, nicht in der Lage ist, über Einnahmen und Ausgaben, über Verwendung seiner Gelder, dem mit der Aufsicht betrauten Stadtverordneten innerhalb acht Tagen jede gewünschte Auskunft zu geben. Die Stadt hat eine ganze Reihe absolut und tadellos funktionierender Wirtschaftsbetriebe, bei denen die Aufsichtsratsmitglieder jederzeit, in jedem Moment über jede gewünschte Angelegenheit über die gesamte finanzielle Situation, Einnahmen, Ausgaben, Geschäftsgebahren usw. reifliche Auskunft bekommen, wie sich das im übrigen für jeden anständigen Wirtschaftsbetrieb von selbst versteht. Der zuständige Dezernent weiß über diese Dinge seit langem Bescheid. Er muß wissen, daß je mehr die Preise für Milch anziehen, um so mehr die Bevölkerung eine sorgfältige und gewissenhafte Verwendung der von ihr aufgebrachtene Zuschüsse mit vollem Recht verlangen kann. Wir werden später noch auf bestimmte Einzelheiten dieser Wirtschaft zurückschauen. Die Sozialdemokratie hat jedenfalls keine Lust, die Verantwortung für diese Sorte von Betrieb zu übernehmen.

Aushebung eines eisenbewehrten Nepplokal.

Der Kampf gegen die Nacht- und Nepplokale wird von der Kriminalpolizei mit aller Schärfe durchgeführt. Wieder wurde ein solches Lokal, das einen regen Nachverkehr unterhielt, ausgehoben und geschlossen. In der Nacht 67 bestand ein Betrieb, in dem das Leben erst nach der Polizeistunde anfing. Trotz unerhöht hoher Preise war der Verkehr recht lebhaft. Besonders ansonstend mochten wohl gewisse Vorführungen mit „Damen“ sein. Als in der vergangenen Nacht eine Streife der Kriminalpolizei dem Betrieb einen Besuch machen wollte, stießen die Beamten auf eine Eisentür, die auch noch durch eine vorgelegte Eisenstange gesichert war. Während diese Hindernisse beseitigt wurden, verschwanden die meisten Gäste auf einem Wege, der zunächst nicht zu finden war. Bei einer genaueren Durchsichtung entdeckten die Beamten aber auch ihn. Unter einem zusammengeklappten Teppich fanden sie eine Luke zur Kellertreppe. Die Gäste waren schnell nach dem Keller hinunter gelaufen und von dort durch einen anderen Ausgang zum Teil entkommen. Die Wirtin legte sich nach auf's Beugane. Das half ihnen jedoch nichts; alle ihre Vorräte wurden beschlagnahmt, die

Steuerbehörde und das Wohnungsamt zu anderweitiger Verfügung über die Räume benachrichtigt.

Der Totschläger als Zaubermittel.

Alles aus „Liebe“.

Es ist schon immer höchst zweifelhaft gewesen, ob Liebe durch Prügel oder gar noch schlimmere Mittel einem Menschen eingebläut werden kann. Trotz aller Mißerfolge, die in dem Vorgehen selbst begründet liegen, versuchen verschämte Liebhaber immer wieder auf solche wenig liebevolle Art ihren „Schah“ an sich zu fesseln.

Vor der 10. Strafkammer des Landgerichts III hatte sich der Angeklagte Hempel wegen Körperverletzung zu verantworten, weil er in der Anwendung des Totschlägers das Zaubermittel zur Erwerbung der Liebe gesehen hatte. Der Angeklagte hatte im März vorigen Jahres die Filmschauspielerin B. kennengelernt. Er hatte Einlaß in ihre Wohnung dadurch erhalten, daß er sich als Beamter des Wohnungsamtes ausgegeben hatte. Der Angeklagte, der mehrfach vorbestraft ist, machte der jungen Dame, obwohl er verheiratet ist, einen Liebesantrag, worauf sie ihn auslachte. Trotzdem entspann sich eine kleine Freundschaft zwischen beiden, und eines Tages besuchte der Angeklagte die Filmschauspielerin wieder. Bei dieser Gelegenheit erzählte ihm die B., daß sie sich in aller Kürze nach Schweden zu verheiraten gedenke. Daraufhin zog der Angeklagte H. einen Totschläger aus der Tasche und verfehlte der Filmschauspielerin einen so heftigen Schlag auf den Kopf, daß sie benommen zusammenbrach. Der Angeklagte wurde in derselben Stunde nach verhaftet und kam sogleich in Untersuchungshaft, weil man zunächst Raubmord annahm. Vor dem Schöffengericht wurde er wegen schwerer Körperverletzung zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte damals nur zwei Monate Gefängnis beantragt. Gegen dieses Urteil hatte der Angeklagte Berufung eingelegt, so daß die Sache vor der Strafkammer zum Austrag kam. Der Berichtssachverständige Dr. Bürger wollte auf Grund eines ausführlichen Gutachtens den § 51 in Anwendung gebracht haben, da nach seiner Meinung der Angeklagte die Tat im höchsten Affekt eines Dämmerzustandes begangen habe. Auf diesen Standpunkt stellte sich auch der Verteidiger des Angeklagten, Dr. Halpert. Nach mehrstündiger Verhandlung führte der Staatsanwalt aus, daß nach seiner Meinung irgendwelche mildernden Umstände nicht in Frage kämen. Er beauftragte sehr, den Strafantrag des Staatsanwalts vom Schöffengericht, der zwei Monate Gefängnis beantragt habe, nicht überschreiten zu dürfen; in Wirklichkeit habe der Angeklagte eine weit höhere Strafe verdient. Auch das Gericht stellte sich auf den Standpunkt des Staatsanwalts und verwarf die Berufung des Angeklagten, konnte auch die Anwesenheit nicht weiter an das Schwurgericht geben, da weder Rottzucht noch Raub angenommen werden könne. Die Berufung wurde deshalb kostenpflichtig verworfen, der Antrag des Angeklagten über evtl. Strafausschub wurde an die erste Instanz zurückverwiesen.

Das Reichspostmuseum bleibt am Sonntag, 11. Februar, wegen der im Lichtloft stattfindenden Einweihungsfeier einer Gedenktafel für die im Weltkrieg gefallenen Beamten des Reichspostministeriums und in den Kolonien geschlossen.

Neber Alkohol und Kultur spricht Oberstaatsrätin Genoffin Dr. Wegscheid am Montag, den 12. Februar, abends 8 Uhr, in der Schulsaal Bonstr. 47 (nahe Brunnenplatz). Die Teilnahme an diesem vom Bezirksamt Wedding veranstalteten Vortrag ist unentgeltlich.

Was geht im Ruhrgebiet vor? Genoffe Barrer Bletter spricht über dieses Thema Dienstag, den 13. Februar, abends 7 1/2 Uhr, Schulsaal Oberwallstraße, Charlottenburg, Schillerstr. 125/127 (Rübe-Rose, Stadtbahnh. Siedlungs-Platz und Zoo). Das Referat ist die Zusammenfassung der Eindrücke einer Rundreise im Januar durch das Ruhrgebiet.

Flammenlod einer vierköpfigen Familie. In der Nähe von Schindellegi (Schweiz, Kanton Schwyz) ist das Haus der Familie Gunser niedergebrannt, wobei die vierköpfige Familie den Tod in den Flammen fand.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

20. Kreis. Besatz, Sonnabend, den 10. Februar, 7 Uhr, Sitzung des Kreisbildungsausschusses in Reinickendorf, Hauptstr. 46, Zimmer 60. Es fehlen sämtliche Mitglieder des Bildungsausschusses Pflicht.

Heute, Sonnabend, den 10. Februar:

65. Vst. Kempelhof. Die Beerdigung des Genossen Franz Paul findet nachmittags 3 Uhr auf dem Gemeindefriedhof, Geronienstraße, statt. Um zahlreichere Beteiligung wird gebeten.

61. Vst. Reußh. 7 Uhr Funktionärssitzung beim Genossen Müller, Reuterstraße 11, Verbandshaus und Funktionärskarten mitbringen.

(Nachdruck verboten. Der Volk-Vorw. Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

Aus dem amerikanischen Manuskript überfetzt von Julius Gumpertz.

„Nun, im großen und ganzen, Leutnant, sind Ihre Leute in guter Ordnung.“ Einige Augenblicke später kam der Sergeant herein.

„Regenmäntel anziehen und antreten!“ Eine ganze lange Zeit standen sie im Regen aufmarschiert. Es war ein bleierner Nachmittags. Die Wolken hatten einen schwachen, kupfernen Schein. Der Regen schlug ihnen ins Gesicht. Fuselli sah den Sergeanten forschend an. Endlich erschien der Leutnant.

„Achtung!“ schrie der Sergeant. Die Leute wurden aufmerksam, und ein neuer Mann wurde am Ende der Linie eingereiht, ein großer Kerl mit vorstehenden Kalbsaugen.

„Fuselli, vortreten! Sie schließen sich der Stabskompanie an.“

Fuselli sah, wie sich Ueberraschung auf den Gesichtern der Kameraden spiegelte. Er lächelte bloß zu Meadoille hinüber.

„Sergeant, führen Sie die Leute zur Station.“

„Rechts schwenkt, Marsch!“ schrie der Sergeant. Die Kompanie marschierte ab im strömenden Regen. Fuselli ging zu den Baracken zurück, nahm sein Gepäck und seinen Regenmantel ab und wuschte sich das Wasser aus dem Gesicht.

Die Schienen glitzerten golden im Sonnenschein des frühen Morgens. Fuselli verfolgte mit den Augen den Strang, bis er sich in den nassen Wiesen verlor. Der Bahnsteig der Station, wo die Pfützen glänzten und vom Winde bewegt wurden, war ganz leer. Fuselli begann mit den Händen in den Taschen auf und ab zu marschieren. Er sollte hier einige Zufahren, die mit dem Morgenzug erwartet wurden, ausladen helfen. Er fühlte sich frei und erfolgreich, seitdem er der Stabskompanie angehörte. Endlich, sagte er zu sich selbst, hatte er einen Posten, wo er zeigen könne, was er wert sei.

Er ging auf und ab und pfliff schrill. Ein Zug fuhr langsam in die Station ein. Die Maschine hielt an, um

Wasser einzunehmen. Der Bahnsteig war plötzlich voll von Männern in Khaki, die mit den Füßen stampften und laut rufend auf und ab gingen.

„Wo fahrt Ihr hin?“ fragte Fuselli. Wüßlich hatte Fuselli ein bekanntes Gesicht gesehen. Er schüttelte zwei Leuten mit braunen Gesichtern die Hand.

„Hallo, Chrisfield! Hallo, Andrews!“ rief er. „Wann seid Ihr hier rüber gekommen?“

„Ungefähr vor vier Monaten.“ sagte Chrisfield, der Fuselli forschend mit seinen schwarzen Augen ansah. „D, ich erinnere mich jetzt, du bist Fuselli. Wir waren im Ausbildungslager zusammen, erinnerst du dich, Andy?“

„Sicher.“ meinte Andrews. „Wie gehts?“

„Fein.“ antwortete Fuselli. „Ich bin hier in der optischen Abteilung.“

„Wo ist das, zum Teufel?“

„Grade hier.“ Fuselli zeigte hinter die Station. „Wir sind vier Monate in der Nähe von Bordeaux ausgebildet worden.“ sagte Andrews, „und jetzt wollen wir mal sehen, wie es ausschaut.“

Die Sirene pfliff, und die Maschine stieß Wolken weißen Dampfes aus.

„Biel Glück!“ sagte Fuselli. Doch Andrews und Chrisfield waren schon weg. Er sah sie noch einmal, wie der Zug hinausfuhr, zwei braune, schmutzige Gesichter zwischen anderen braunen, schmutzigen Gesichtern.

Der Dampf zog vorbei in die helle Morgenluft hinauf, der letzte Wagen verschwand in der Kurve.

Fuselli sah auf dem einen Ende seines Bettkastens. Er hatte sich gerade rasiert. Es war an einem Sonntagmorgen, und er hoffte auf einen freien Nachmittag. Er rieb sein Gesicht noch einmal mit dem handtuch ab und stand auf. Draußen fiel der Regen in großen silbrigen Strömen, so daß das Geräusch auf dem Teppich der Barackendächer fast betäubend wirkte.

Fuselli bemerkte an dem anderen Ende der Bettreihe eine Gruppe Leute, die alle dasselbe anzustarren schienen. Er streifte seine Kermel herunter, nahm den Wassenrock über den einen Arm und ging in die Reihe hinunter, um zu schauen, was los ist. Durch das Geräusch des niederknatternden Regens hindurch hörte er eine schwache Stimme sagen: „Ich kann nicht, Sergeant, ich bin krank. Ich werde nicht aufstehen.“

„Der Junge ist verrückt.“ sagte jemand neben Fuselli.

„Nach daß du aufstehst, sofort!“ brüllte der Sergeant. Es war ein großer Mann mit schwarzem Haar, der aussah wie ein Holzfäller. Er beugte sich über den Bettkasten. In dem Kasten auf einem Bündel von Decken lag Stockton mit freidewischem Gesicht. Seine Zähne schlagen zusammen und seine Augen waren rund und traten scheinbar vor Schrecken aus ihren Höhlen hervor.

„Ich sage, mach, daß du aus deinem Kasten rauskommst.“ brüllte der Sergeant.

Der Junge schwieg. Seine bleichen Wangen zitterten. „Was zum Teufel ist denn mit ihm los?“

„Warum schmeißen Sie ihn denn nicht einfach raus, Sergeant?“

„Stehe sofort auf!“ schrie der Sergeant wiederum, ohne auf die Worte der anderen achtzugeben.

Die Herumstehenden gingen weg. Nur Fuselli beobachtete aus einiger Entfernung sofiniert weiter.

„Gut, dann hole ich den Leutnant. Diese Sache gehört vors Kriegsgericht. Hier, Morton und Morison. Sie hasten mir für den Mann.“

Der Junge lag still unter seiner Decke. Er schloß die Augen. An der Bewegung der Decke, die mit seiner Brust auf- und niederging, konnte man sehen, daß er schwer atmete.

„Stockton, du dummes Schwein, warum stehst du nicht auf?“ sagte Fuselli. „Du kannst doch nicht gegen die ganze Armee aufboden.“

Der Junge antwortete nicht. Fuselli ging weg. „Er ist verrückt.“ brummte er.

Der Leutnant war ein rundlicher Mann mit einem roten Gesicht, der leuchtend hereinkam. Hinter ihm die große Gestalt des Sergeanten. Er blieb stehen und schüttelte das Wasser von seinem Hut. Noch immer knatterte der Regen betäubend auf das Dach.

„Achtung, Mann, sind Sie krank? Dann melden Sie sich sofort.“ sagte der Leutnant mit betont lebenswürdiger Stimme. Der Junge sah ihn trübe an und gab keine Antwort.

„Sie sollten aufstehen und stramme Haltung einnehmen, wenn ein Offizier mit Ihnen spricht.“

„Ich kann nicht aufstehen.“ kam die schwache Stimme. Das rote Gesicht des Offiziers verfarbte sich.

„Sergeant, was ist mit dem Mann?“ fragte er wütend. „Ich kann nichts mit ihm anfangen, Herr Leutnant; ich denke, er ist verrückt geworden.“ (Fortsetzung folgt.)

